

**Wissenschaftliche Konferenz
der Unternehmervereinigung PRO HEIDE**

**Thema: Die neue Rolle der Bundeswehr in Deutschland am
Beispiel der Bombenabwurfplätze**

Linowsee, den 30. September 2006

**Unternehmervereinigung für eine
gesunde Wirtschaftsentwicklung e. V.**



PRO HEIDE – Unternehmervereinigung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung e. V.
Karl-Liebknecht-Straße 26, 16816 Neuruppin

Wissenschaftliche Konferenz

Die neue Rolle der Bundeswehr in Deutschland am Beispiel der Bombenabwurfplätze

Thematik

Die Sicherheitslage Deutschlands hat sich seit 1990 drastisch verändert. In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministers von 2003 heißt es, daß unsere Staatsgrenzen kurz- und mittelfristig nicht mehr bedroht sind. Die Bundeswehr sieht ihre Hauptaufgabe nicht mehr in der traditionellen Landesverteidigung, sondern versteht sich als „wesentlicher Teil ... der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“. Die Anforderungen werden in Zukunft vor allem durch Bündnisverpflichtungen und durch eine Bedrohung seitens nichtstaatlicher Terrororganisationen bestimmt. Hinzu kommen humanitäre Hilfen im Auftrag von überstaatlichen Organisationen.

Daraus ergeben sich Konsequenzen für Inhalt und Grenzen eines Auftrags an die Bundeswehr, gemessen an der Verfassung, dem Völkerrecht und der Gesetzeslage sowie der Rechtsprechung dazu. Zu überprüfen sind auch die Einschränkungen, die die Bürger in ihren Grundrechten hinnehmen müssen; sei es, weil der Verteidigungsauftrag in der Verfassung nicht für alle Aktivitäten gleichermaßen gilt, oder sei es, weil durch die nachrangige Rechtsordnung in Zeiten des Krieges und des Kalten Krieges geschaffene Privilegien der Bundeswehr obsolet geworden sind. Bei diesen Abwägungen darf die deutsche Schuld am zweiten Weltkrieg nicht vergessen werden.

Die Veränderung des Verteidigungsauftrages muß auch Auswirkungen auf die Bewaffnung und den Übungsbetrieb der Bundeswehr haben. Gerade die militärische Bewertung des Nutzens eines Waffensystems ist durch eine rechtliche und politische Überprüfung ihrer Notwendigkeit zu ergänzen. Der Übungsbetrieb kann erhebliche wirtschaftliche, ökologische und gesundheitliche Schäden in der betroffenen Region zur Folge haben. Duldungspflichten und Duldungsbereitschaft der Bevölkerung hängen aber entscheidend davon ab, wie zwingend der Einsatz einer Waffe geboten ist.

Die Unternehmerinitiative ProHeide möchte diese Problematik an Hand ausgewählter Vorträge in einer wissenschaftlichen Konferenz behandeln und erwartet, daß die Ergebnisse in eine politische Diskussion in der Öffentlichkeit und im Bundestag über die neue Rolle der Bundeswehr und - nicht zuletzt - über die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide einfließen werden.

Programm

- 9:00 Uhr** **Begrüßung und Einführung**
- 9:20 Uhr** **Prof. Dr. Werner Ruf, Universität Kassel:**
Sind die Konflikte dieser Welt militärisch lösbar?
- 10:00 Uhr** **Dr. Peter Becker, IALANA:**
Grundrechte der Bürger - Rechtliche Vorgaben für den Übungsbetrieb der Bundeswehr
- 10:40 Uhr** **Kaffeepause**
- 11:00 Uhr** **Rainer Arnold, MdB:**
Sicherheitspolitik und Bundeswehr
- 11:40 Uhr** **Winfried Nachtwei, MdB:**
Der Stellenwert von Luft-Boden-Einsätzen im Rahmen der neuen Aufgaben der Bundeswehr
- 12:20 Uhr** **Prof. Dr. Norman Paech, MdB:**
Der Verteidigungsauftrag zwischen Grundgesetz und UN-Charta
- 13:00 Uhr** **Mittagspause**
- 14:00 Uhr** **Podiumsdiskussion und Zusammenfassung**
- 15:00 Uhr** **Ende**

Die Vorträge dauern je 25...30 min mit etwa 10...15 min Diskussion.

Die Veranstaltung wird moderiert von Herrn **Andreas Zumach**, UN-Korrespondent der taz in Genf.

Einführung

Prof. Dr. K. Günther, Vorstandsmitglied ProHeide

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Unternehmerinitiative ProHeide möchte ich Sie zu unserer Konferenz über die neue Rolle der Bundeswehr sehr herzlich begrüßen.

Besonders freue ich mich, daß die Bundestagsabgeordneten

Frau **Dr. Kirsten Tackmann**

Herr **Prof. Dr. Norman Paech**

Herr **Winfried Nachtwei**

Herr **Ernst Bahr** und

Herr **Rainer Arnold**

heute zu unserer Veranstaltung durch Vorträge und Diskussion zu unserem Anliegen beitragen.

Ich begrüße weiter Herrn **Prof. Dr. Ruf** von der Arbeitsgruppe Friedensforschung der Universität Kassel und Herrn **Dr. Becker** von der IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms; Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen; Für gewaltfreie Friedensgestaltung) als Referenten zu wichtigen Themen des heutigen Tages.

Weiterhin begrüße ich **Frau Elisabeth Schrödter**; Abgeordnete der Grünen im Europaparlament.

Von den lokalen Behörden begrüße ich Herrn **Landrat Gilde** sowie die Bürgermeister **Manfred Richter** von Rheinsberg und **Jens-Peter Golde** von Neuruppin.

Anwesend sind weiterhin die Pressevertreter

der **taz**

der **Märkischen Allgemeinen Zeitung** sowie

des **Ruppiner Anzeigers**

Nicht namentlich nennen möchte ich die anwesenden Mitglieder der Bürgerinitiativen

Freie Heide

ProHeide und

ProUrlaub aus Nordbrandenburg sowie

Freier Himmel aus Mecklenburg-Vorpommern.

Besonders freuen wir uns über den Besuch von **Frau Ursula Revermann** und **Frau Marianne Schnelle** vom Arbeitskreis Frieden Nordhorn.

Last but not least begrüße ich Herrn **Andreas Zumach**, UNO-Korrespondent der taz in Genf, der als anerkannter Fachmann für Sicherheitspolitik die heutige Veranstaltung moderieren wird.

Nun ist Zeit, auch derer zu gedenken, die heute nicht anwesend sind; das ist in erster Linie ein bevollmächtigter Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, von dem wir uns eine kompetente Erläuterung der aktuellen Sicherheitspolitik und der neuen Rolle der Bundeswehr gewünscht hatten. Erst nach zwei unbeantworteten Briefen und einer weiteren Mahnung kam vom Verteidigungsministerium die kurze Mitteilung, daß wegen der laufenden Gerichtsverfahren von einer Teilnahme an der Konferenz Abstand genommen wird. Ist das die Strafe dafür, daß wir gegen die Eigenmächtigkeiten der Bundeswehr den Schutz ordentlicher Gerichte angerufen haben?

Erfreulicherweise hat sich **Herr Arnold** bereit erklärt, den Vortrag über Sicherheitspolitik und Bundeswehr zu übernehmen.

Leider wußten auch die Fraktionsführungen der CDU und der FDP im Deutschen Bundestag bereits Anfang Juli, daß ihre Verteidigungsfachleute am 30. September überhaupt keine Zeit für einen Besuch unserer Konferenz haben werden. Ich zitiere aus dem Antwortschreiben: „...Sie können versichert sein, daß uns die wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Region sehr am Herzen liegt. Mit Wohlwollen sehen wir das Engagement, das in die touristische Erschließung der Ruppiner Heide investiert wird. Ungeachtet aller touristischen Erwägungen müssen wir aber die sicherheits- und verteidigungspolitischen Erwägungen mit berücksichtigen...“

Ja, gerade darüber wollen wir hier reden. Aber viele Parlamentarier scheuen sich offenbar, mit uns zu reden. Sie reden lieber über uns und teilen uns dann ihre Entscheidungen mit; und die Folgen haben wir dann zu tragen. Wir kennen diesen Stil aus früheren Zeiten, als hier noch die Rote Armee übte. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat über 14 Jahre lang durch friedliche Aktionen immer wieder

demonstriert, daß sie aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ablehnt, und sie wird darin durch drei Landesregierungen und alle kommunalen Vertretungen der Region unterstützt. Wir halten es deshalb für eine legitime Forderung, daß uns die Verfechter des Bombodromprojekts

- die unausweichliche Notwendigkeit des Vorhabens für die Sicherheit unseres Landes sowie
- die Kompatibilität mit dem Grundgesetz und dem internationalen Recht

angesichts der gravierenden Folgen für die Region nachweisen. Diesen Nachweis ist uns die Bundesregierung bisher schuldig geblieben. Wie anders ist aber Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen, die sich die Bundeswehr doch wünscht?

Und damit sind wir beim Gegenstand unserer heutigen Konferenz.

Die **Verwaltungsgerichte** (Beschuß OVG Berlin-Brandenburg September 2005 in der Klage Seehotel Ichlim) verlangen von der Bundeswehr bei der Entscheidung über Tiefflüge und Bombenabwürfe die Abwägung der militärischen Notwendigkeit unter den gegebenen internationalen Bedingungen gegen die Belastungen der betroffenen Region und betroffener Bürger. Nach welchen Kriterien diese Abwägung durchgeführt werden soll, ist noch weitgehend offen.

Die **Verteidigungspolitischen Richtlinien** des Verteidigungsministers aus dem Jahre 2003 enthalten vor allem zwei Aussagen, deren Tragweite für die Rolle der Bundeswehr in unserem Staat gar nicht überschätzt werden kann:

1. Eine Gefährdung deutschen Staatsgebietes durch konventionelle Streitkräfte ist derzeit und auf absehbare Zeit nicht zu erkennen. ... Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfelds nicht mehr benötigt.
2. Streitkräfte sind nun ein wesentlicher Teil einer auf Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und Konflikten zielenden Außen- und Sicherheitspolitik. Sinngemäß heißt es weiter: Schwerpunkt der Aktivitäten sind der Bündnisfall und Terrorismusbekämpfung.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich eine Reihe von gravierenden Fragen, die unserer Kenntnis nach weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind (dies ist übrigens seinerzeit von dem damaligen Verteidigungsminister Struck öffentlich beklagt worden).

Ich nenne einige Beispiele:

- Können die neuen Schwerpunktaufgaben der Bundeswehr den gleichen Rang im Grundgesetz beanspruchen wie die frühere traditionelle Landesverteidigung, die die Existenz des Staates angesichts tödlicher Bedrohung von außen garantieren mußte?
- Welche Auswirkungen hat dies auf die rechtlichen Beziehungen zwischen Bundeswehr und Bürgern? Wie ist die Duldungspflicht der Bevölkerung gegenüber Belastungen aus dem Übungsbetrieb für solche Aufträge zu bemessen?
- Sind die Privilegien, die der Bundeswehr in den Zeiten des Kalten Krieges zugebilligt wurden, noch gerechtfertigt oder müssen sie neu bewertet werden?
- Leben wir wegen der laufenden Auslandseinsätze bereits in einem permanenten Verteidigungsfall?
- Ist heute eine internationale Situation vorstellbar, in der die Bundesluftwaffe mit Auftrag durch den Bundestag im Ausland militärische oder nichtmilitärische Ziele durch Bombenabwürfe angreift?

Wir werden hier nicht auf alle Fragen eine allgemeingültige Antwort erwarten dürfen, aber wir werden unterschiedliche Auffassungen begründen und Konflikte formulieren, die der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und Meinungsbildung bedürfen. Wenn es uns hier gelingt, eine solche Meinungsbildung zu diesen offenen Fragen in der Politik und in der Öffentlichkeit zu initiieren, hat unsere Konferenz eine wichtige Aufgabe bei der konstruktiven Lösung dieser Konflikte erfüllt.

Ich wünsche uns dabei Erfolg und übergebe die Leitung der Veranstaltung an **Herrn Zumach**.